
Informationen der öffentlichen Hände

Rezension von: Georg Aichholzer, Herbert Burkert (Hrsg.), *Public Sector Information in the Digital Age: Between Markets, Public Management and Citizens' Rights*, Edward Elgar, Cheltenham 2004, 360 Seiten, gebunden, € 69,95, via Internet € 62,96.

Informationsbestände des öffentlichen Sektors, ihre Erzeugung, Sammlung und Verwertung sind eine Disziplin übergreifende und international orientierte Betrachtung wert. Das zeigt sich eindrucksvoll bei der Lektüre des von Georg Aichholzer und Herbert Burkert herausgegebenen Sammelbandes. Die 21 AutorInnen fassen in 16 Beiträgen die Ergebnisse eines im Rahmen der europäischen COST-Initiative unterstützten Projektes zusammen und wenden sich mit dieser Publikation an einen breiten Interessentenkreis.

Information – und insbesondere Information, die von Akteuren des öffentlichen Sektors im Auftrag von Regierungen und Verwaltungseinheiten generiert und administriert wird – ist eine inhärent politische Angelegenheit. Öffnet man diese Büchse der Pandora, dann genügt es nicht, sich auf ökonomische Analysen zu Kosten (insbesondere der Informationsgenerierung) oder zu kommerziell tragfähigen Nutzungsmöglichkeiten zu beschränken. Gewiss sind auch diese Fragestellungen legitim: Im Zuge des zunehmenden Einsatzes von Informations- und Kommunikationstechnologien seit Anfang der 90er Jahre wurde ihnen unter dem Titel der Entwicklung von Wirt-

schaft und Gesellschaft im „Informationszeitalter“ hin zu einer „Informationsgesellschaft“ breites Interesse eingeräumt.

Während der letzten Jahre feststellbare technologische Entwicklungen und die mit ihnen einhergehenden Kostenbedingungen für Verarbeitung und Übertragung von digitaler Information entsprechen über weite Strecken den einstigen Erwartungen. Die Wahrnehmung von Information als Rohstoff und Grundlage für zahlreiche Dienstleistungen wurde im Zuge dieser Entwicklungen geschärft. Dies gilt auch in Hinblick auf die (kommerziellen) Verwertungsmöglichkeiten von Informationsbeständen der öffentlichen Hände, die sich inhaltlich durch ein enormes Spektrum auszeichnen; kulturell bedeutsame Inhalte (etwa aus öffentlichen Kunstsammlungen) gehören dazu ebenso wie meteorologische Aufzeichnungen sowie eine Fülle für die Verwaltung erforderlicher Planungsdaten und Statistiken.

Folgt man der grundlegenden Einsicht, dass Informationen weitgehend unabhängig vom Kontext ihrer Sammlung bzw. Erzeugung in ganz anderen Kontexten Verwendung finden können, dann öffnet sich ein freier Blick auf ein primäres Anliegen des Buches: Nicht nur das Sammeln von Daten und Information zum Zwecke der Verwaltung ist demokratie- und gesellschaftspolitisch bedeutsam, sondern auch die Festlegung von Regeln und Grenzen für die Verwertung solcherart erzeugter Informationsbestände. Im Vorfeld bzw. im Gleichklang mit einer Änderung dieser Regeln – die sich letztlich in rechtlich verbindlichen Normen manifestieren – gilt es, einen informierten öffentlichen Diskurs abzuführen, der durch dieses Buch erleichtert werden soll.

Die Dimensionen, hinter denen sich teils grundsätzliche demokratiepolitische Fragestellungen verbergen, sind nicht neu: Welche Folgen haben unterschiedliche Rahmenbedingungen diesseits und jenseits des Atlantiks? Worin liegt die jeweilige wirtschaftliche Bedeutung der Nutzung von öffentlichen Informationsbeständen? Wie werden die Interessen der Öffentlichkeit (bzw. der SteuerzahlerInnen) bei privater Verwertung öffentlicher Informationsbestände optimal wahrgenommen? In welchem Ausmaß ist eine Verbesserung der Zugänglichkeit von Politik und Verwaltung für die Individuen tatsächlich erreichbar?

Unter geänderten Rahmenbedingungen – insbesondere infolge technologischer Entwicklungen sowie des geänderten Rollenverständnisses des öffentlichen Sektors als moderner Dienstleister – werden auch Spannungsfelder sichtbar. Rechtsmaterien, die in den letzten Jahren einer beson-

deren Dynamik unterlegen sind, wie z. B. Datenschutz und geistige Eigentumsrechte, sind nach wie vor ergänzungsbedürftig, wenn es um den Umgang mit öffentlichen Informationsbeständen geht.

Die Entwicklung bzw. Handhabung eines Rechts auf Zugang zu öffentlichen Informationsbeständen ist demokratiepolitisch nicht weniger bedeutsam als die Gewährleistung des Schutzes der Privatsphäre von Individuen. Im Unterschied zu Letzterem scheint die Formulierung tragfähiger Regeln und Prinzipien zum Informationszugang erst an den Anfängen zu stehen und ein das Buch beschließender Vorschlag von allgemeinen Prinzipien erscheint hilfreich, wenn die ersten, noch holprigen Pfade auf diesem unwegsamen Gelände auch für spätere Generationen als gesellschaftspolitischer Fortschritt erkennbar werden sollen.

Norbert Knoll